



Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin:

Senat muss endlich gegen Betrug im Taxigewerbe einschreiten

Seit zehn Jahren ist die fehlende Steuerehrlichkeit im Taxigewerbe bekannt. Trotzdem hat der Senat nichts dagegen unternommen. Die Zeche für den Schwindel im Taxigewerbe müssen vor allem die ehrlichen Unternehmer aber auch die Steuerzahler begleichen. Nach Untersuchungen des zuständigen Bund-Länder-Fachausschusses im Jahr 2001 ergab sich konservativ gerechnet allein für Berlin eine Unterschlagung von 50 Mio. Euro Sozialabgaben und Steuern. Hinzu kam der Millionenschaden für unberechtigt erschlichene Sozialleistungen. Jetzt liegen für Berlin erstmals belastbare Zahlen von der Berufsgenossenschaft vor. Sie bestätigen, dass sich daran nichts geändert hat.

Da es keine Steuererhebungen gibt und verlässliche Zahlen fehlten, habe ich die Berufsgenossenschaft Verkehr gebeten, mir aussagekräftige Eckdaten der Beitragszahlungen in Berlin zu übermitteln. Demnach liegen die Beiträge zwischen 150 und 750 Euro pro Jahr pro Taxikonzession. Daraus lassen sich Lohnkosten pro Taxe errechnen. Sie liegen demnach zwischen 480,-Euro und 2400,-pro Monat. Tatsächlich müssten nach Auskunft der Berufsgenossenschaft die Beitragszahlungen für Mehrwagenunternehmen bei allen über 400 Euro liegen. Diese Zahlen belegen, dass auch in Berlin eine große Zahl der Taxiunternehmen nicht ehrlich arbeitet.

Die Ehrlichen im Taxigewerbe sind aus zweierlei Gründen die Dummen. Sie sind gezwungen gegen Unternehmen zu konkurrieren, die bei der selben Fahrleistung ein deutlich besseres Betriebsergebnis erzielen und müssen wegen der Unehrllichkeit der Konkurrenz auch noch deren Beiträge und Abgaben entrichten.

Hamburg bekämpft die Umsatzunterdrückung im Taxigewerbe sehr erfolgreich. Vor fünf Jahren wurde dort ermittelt, dass bei 58% der Taxiunternehmen die wirtschaftliche Plausibilität fehlt. Das hat sich radikal geändert. Seit dort vernünftig kontrolliert wird, haben sich die Umsatzangaben um ca. 15-20% erhöht. Die Schwarzen Schafe haben ihre Konzessionen selbst zurückgegeben bzw. ihre Konzessionen wurden nicht verlängert. Rot-Rot lehnt vergleichbare Maßnahmen aus Kostengründen ab. Dabei könnten 10 Vollzeitbeschäftigte in Berlin den Taxisumpf trocken legen.

Rot Rot verhält sich auch haushaltspolitisch kontraproduktiv. Denn so könnte nicht nur das Solidarprinzip im Taxigewerbe wieder hergestellt, es könnten zudem zweistellige Millionenbeträge für den Haushalt und die Sozialkassen erwirtschaftet werden. Rot-Rot muss endlich handeln.

Berlin, 18.01.2011